

**Antrag 141/II/2024****Jusos LDK****Der Landesparteitag möge beschließen:****Für eine progressive Innenpolitik-Agenda****1 Ausgangslage und Anliegen**

2 Debatten über Innere Sicherheit brechen nicht ab. Für pro-  
3 gressive Kräfte, wie die Sozialdemokratie eine sein möch-  
4 te, führt dies zu Herausforderungen. Im Sicherheitsdis-  
5 kurs gelingt es rechten Kräften, wie konservativen Partei-  
6 en und Polizeigewerkschaften, die Agenda zu setzen. Lin-  
7 ke Kräfte finden sich deswegen in einer kommunikativ  
8 schwierigen Position. Sie müssen den Status-Quo vor Ver-  
9 schlechterungen bewahren und ihn damit entgegen ihrer  
10 eigentlichen Überzeugung legitimieren.

11 Ziel dieses Antrags ist es, einige innenpolitische Ziele zu  
12 benennen, die sich kurzfristig umsetzen lassen, das Leben  
13 der Menschen verbessern und zugleich für ein progressi-  
14 ves *agenda setting* geeignet sind.

15 Vor diesem Hintergrund ist dieser Antrag notwendig re-  
16 formistisch. Die Vorschläge lassen sich ohne weiteres im  
17 bestehenden System umsetzen. Er hat jedoch den An-  
18 spruch an sich selbst, den Status-quo nicht zu festigen und  
19 keine Türen für spätere radikalere Veränderungen zu ver-  
20 schließen.

21

**22 Armut entkriminalisieren**

23 Dass Strafrecht überproportional arme Menschen belas-  
24 tet, ist gut dokumentiert. Dabei lassen sich viele daraus  
25 resultierende Missstände schon durch einfache Verände-  
26 rungen der Gesetzeslage abmildern.

27 Ein prominentes Beispiel für die Kriminalisierung ist die  
28 Ersatzfreiheitsstrafe. Wird jemand zu einer Geldstrafe ver-  
29 urteilt und kann diese nicht begleichen, wird sie in ei-  
30 ne Freiheitsstrafe umgewandelt. Dabei werden teilwei-  
31 se grundlegende Rechte entzogen, wie es bei der Inhaf-  
32 tierung von Personen aufgrund der sogenannten "Ersatz-  
33 freiheitsstrafe" passiert. Obwohl ein Gericht entschieden  
34 hat, dass für die begangene Tat eine Geld- und keine Frei-  
35 heitsstrafe angemessen ist, finden sich die Betroffenen  
36 im Gefängnis wieder. Dieses Schicksal trifft naturgemäß  
37 nur diejenigen unfreiwillig, die über wenige finanzielle  
38 Mittel verfügen. Die bisherigen Reformen, die die Dauer  
39 der Ersatzfreiheitsstrafe reduzieren, ohne sie abzuschaf-  
40 fen, sind unzureichend. Die destabilisierende Wirkung der  
41 Haft auf das Leben der Betroffenen tritt auch bei kurzen  
42 Freiheitsstrafen auf. Die ersten Tage in Haft sind psychisch  
43 die belastendsten. Zudem kann eine Resozialisierung –  
44 der vorgebliche Zweck von Haft – während der regelmä-  
45 ßig sehr kurzen Ersatzfreiheitsstrafe nicht gelingen. Zu-  
46 dem ist auch schleierhaft, worin die Resozialisierung be-  
47 stehen sollte, wenn man z.B. zu arm war, sich einen Fahr-  
48 schein zu kaufen. Aber auch wenn die Ersatzfreiheitsstra-

**Empfehlung der Antragskommission****Überweisen an: ASJ, FA III - Innen- und Rechtspolitik (Kon-  
sens)**

49 fe abgeschafft ist, können Geldstrafen eine unangemesse-  
50 ne Belastung für Verurteilte darstellen. Der Grund hierfür  
51 ist, dass Geldstrafen häufig nach dem Nettoeinkommen  
52 der verurteilten Person bemessen werden. Abzüge für ih-  
53 re notwendigen Ausgaben werden – obwohl die Gerichte  
54 hier einen weiten Spielraum für solche Erwägungen ha-  
55 ben – zu selten vorgenommen.

56 Auch die tatsächlich verfolgten Straftaten zeichnen ein  
57 Bild, das von der überproportionalen Verfolgung armer  
58 Menschen geprägt ist. So geht aus den jährlichen Verur-  
59 teilungsstatistiken hervor, dass ein erheblicher Anteil der  
60 jährlichen Verurteilungen Menschen mit geringen Ein-  
61 kommen betrifft. Weitere Forschung zeigt, dass die Be-  
62 reitschaft der Strafverfolgungsbehörden von einer An-  
63 klage abzusehen größer ist, wenn die Beschuldigten ei-  
64 nem gehobenen sozio-ökonomischen Status haben. Die-  
65 ses Strafverfolgungsverhalten lässt sich durch eine ein-  
66 fache Weisung an die Strafverfolgungsbehörden korri-  
67 gieren. Sie können von den Justizministerien der Länder  
68 angewiesen werden, insbesondere im Falle von Armuts-  
69 kriminalität, vermehrt Gebrauch von der Möglichkeit ei-  
70 ner Opportunitätseinstellung wegen absehbarer Gering-  
71 fügigkeit einzustellen. Als Armutskriminalität verstehen  
72 wir beispielsweise den Diebstahl von geringwertigen Sa-  
73 chen oder das Fahren ohne Fahrschein, was durch fehlen-  
74 de finanzielle Ressourcen von Personen begangen wird  
75 Entkriminalisierungen können weitere Entlastungseffek-  
76 te für Betroffene und Strafverfolgungsbehörden erzielen.  
77 Zugleich handelt es sich um Taten, die häufig aufgrund  
78 einer prekären wirtschaftlichen Lage begangen werden  
79 und die durch eine effektive Sozial- und Wirtschaftspo-  
80 litik zurückzuführen sind. Menschen aufgrund gesamt-  
81 gesellschaftlichen Versagens und zum Wohle großer Un-  
82 ternehmen zu bestrafen, scheint schwer vermittelbar. In  
83 vergleichbarer Weise ist Betäubungsmittelkriminalität oft  
84 eine Folge politischen Versagens und nicht individueller  
85 durch „Resozialisierung“ behebbaren Fehlverhaltens. Ei-  
86 ne zielgenaue Entkriminalisierung könnte weitere Anrei-  
87 ze schaffen, die Ursachen der skizzierten Probleme zu be-  
88 kämpfen. All diese Vorschläge dürfen jedoch nicht darüber  
89 hinwegtäuschen, dass es die Aufgabe unseres Sozialsys-  
90 tems sein muss, Armut nachhaltig zu bekämpfen und zu  
91 beseitigen

92 Wir fordern daher:

- 93 • Die Abschaffung der Ersatzfreiheitsstrafe  
94 Die Bemessung von Tagessätzen unter Berücksichtigung  
95 der Vermögenssituation anhand des tatsächlichen Ein-  
96 kommens nach Abzug desjenigen Betrages, den man für  
97 eine angemessene Lebensführung benötigt
- 98 • Entkriminalisierung des Drogenbesitzes zum Eigen-  
99 verbrauch
- 100 • Die Staats- sowie Anwaltschaften (wenn vor-  
101 handen) werden angewiesen, bei geringfügiger Ar-

102 mutskriminalität stärkeren Gebrauch von der Mög-  
103 lichkeit einer Opportunitätseinstellung zu machen  
104 • Die Förderung von Pilotprojekten, die Resozialisie-  
105 rungsmaßnahmen fernab von Geld- und Freiheits-  
106 strafen erproben

107

#### 108 **Psychologische statt polizeiliche Krisenbewältigung**

109 Für Menschen in psychischen Ausnahmesituationen kann  
110 von der Polizei eine erhebliche Gefahr ausgehen. In den  
111 vergangenen Jahren kam es mehrfach zu teils tödlichen  
112 Schusswaffeneinsätzen gegen Menschen in akuten Kri-  
113 sensituationen. Für die Bewältigung dieser Situationen  
114 sind Psycholog\*innen besser ausgebildet als generalisti-  
115 sche Polizeibeamt\*innen.

116 Im Ausland existieren teilweise „Psychiatric Mobile Re-  
117 sponse Teams“, die in diesen Fällen an Stelle von Straf-  
118 verfolgungsbehörden ausrücken können. Die Erfahrun-  
119 gen mit ihnen sind positiv. Die Einrichtung solcher Teams  
120 könnte auch in Deutschland dazu beitragen, psychische  
121 Menschen in Krisen schnell mit kompetentem Personal  
122 zu unterstützen und die Eskalationsgefahr zu senken. Zu-  
123 dem handelt es sich um eine Maßnahme, die im Stadt-  
124 bild sichtbar ist und somit das Sicherheitsgefühl in der Be-  
125 völkerung stärken und das Vertrauen in die Handlungsfä-  
126 higkeit der Politik steigern kann. Langfristig soll es daher  
127 möglich sein, bei Notrufen speziell für den Umgang mit  
128 psychischen Problemen geschulte Teams hinzuzuziehen,  
129 um solche Situationen gewaltfrei lösen zu können. Bis da-  
130 hin sollen Polizeibeamt\*innen ausgiebige Schulungen für  
131 den Umgang mit psychischen Problemen besuchen müs-  
132 sen. Gleichzeitig müssen wir feststellen, dass nicht für alle  
133 Menschen Interaktionen mit der Polizei gleich verlaufen.  
134 So sind BIPoCs immer wieder von Racial Profiling betrof-  
135 fen und werden Opfer rassistischer Polizeigewalt, auch  
136 in Berlin. Auch wenn Racial Profiling offiziell verboten ist,  
137 gibt es diese dennoch weiterhin - unter dem Deckmantel  
138 der sogenannten „Kriminalitätsbelasteten Orten“ (kbOs)  
139 an denen diese anlasslosen Kontrollen gesetzlich möglich.  
140 In Berlin gibt es mehrere dieser kbOs, allerdings bleiben  
141 die öffentlichen Bekanntmachungen dieser Orte extrem  
142 vage. So werden ganze Kieze in u.a. Neukölln zu kbOs er-  
143 klärt und so Kontrollen ohne Grund ermöglicht. Dies be-  
144 trifft vor allem BIPoCs, so ist es auch kein Zufall, dass die  
145 meisten kbOs Orte umfassen, in denen viele BIPoCs woh-  
146 nen oder sich aufhalten. Wir lehnen ansatzlose Kontrollen  
147 ausnahmslos ab und fordern weiterhin die Praxis umge-  
148 hend zu beenden. Auch queere Menschen werden von der  
149 Polizei oft anders behandelt als Menschen, die heteronor-  
150 mativen Vorstellungen entsprechen. Auch hier kommt es  
151 immer wieder zu diskriminierenden Handlungen seitens  
152 der Polizei. Gleiches gilt für FINTA Personen, deren Berich-  
153 te über Straftaten seitens der Polizei viel zu oft nicht ernst  
154 genommen werden. Berlin ist eine vielfältige Stadt und

155 diese Vielfältigkeit muss sich auch in der Polizei wieder-  
156 spiegeln und das nicht nur personell. So müssen laufen-  
157 den Schulungen zu dem korrekten Umgang mit allen Be-  
158 völkerungsgruppen angeboten und verpflichtend besucht  
159 werden.

160 Ein repressiver Polizeiapparat kann kein erstrebenswertes  
161 Ziel einer demokratischen und freiheitlichen Gesellschaft  
162 sein. Im Fokus der Polizeiausbildung muss auch der Kampf  
163 gegen rechte und patriarchale Kräfte und Strukturen in-  
164 nerhalb der Polizei stehen. Wenn sich rechtsradikale Netz-  
165 werke innerhalb der Polizei bilden, gefährdet dies unse-  
166 re freiheitlich demokratische Grundordnung. Daher müs-  
167 sen solche Personen bereits vor der Einstellung ausgefil-  
168 tert werden. Daneben bedarf es aber auch stetiger Schu-  
169 lungen zu Themen wie Diskriminierung und Rassismus.  
170 Rechtsradikale Personen im Polizeidienst müssen conse-  
171 quent entlassen werden. Eine immer stärkere Militarisie-  
172 rung der Polizeibehörden muss daher kritisch betrachtet  
173 werden. Wasserwerfer, Räumpanzer und automatische  
174 Schusswaffen gehören inzwischen fast zum Standardre-  
175 pertoire des Landespolizeien und werden immer regel-  
176 mäßiger im Polizeialltag eingesetzt. Diesen Widerspruch  
177 zum deeskalativem Ansatz, unter dem Polizeiarbeit im-  
178 mer stehen sollte, beobachten wir auch zunehmend in  
179 Berlin. Auch wenn wir die militärische Ausrüstung der  
180 Polizei grundsätzlich ablehnen und für eine gewaltfreie  
181 Konfliktlösung eintreten, müssen wir sehen, dass Feinde  
182 der Demokratie wie die sogenannten Reichsbürger\*innen  
183 und andere gewaltbereite Gruppen sich seit Jahren zu-  
184 nehmend bewaffnen. Sie schrecken nicht davor zurück,  
185 Gewalt gegen Menschen anzuwenden, um ihre antide-  
186 mokratischen Ziele zu erreichen. Eine wehrhafte Demo-  
187 kratie muss darauf entsprechend reagieren und sich ver-  
188 teidigen können! Die Polizei sollte daher für solche Ex-  
189 tremfälle gut ausgerüstet und ausgebildet sein. Die Be-  
190 schaffung und der Einsatz von militärischem Gerät soll  
191 jedoch nur in Ausnahmefällen erlaubt sein (z.B. für Anti-  
192 Tereinsätze). Jeder Einsatz solcher Geräte sollte klar be-  
193 gründet und verhältnismäßig sein. Der Einsatz von Was-  
194 serwerfern und Räumpanzern kann daher nur in Ausnah-  
195 mefällen, in denen dieser Einsatz zwingende Notwendig-  
196 keit hat, gestattet sein. Der Einsatz von automatischen  
197 Maschinengewehren ist in keiner Situation verhältnismä-  
198 ßig, da diese Form der Gerätschaft nicht in der Lage ist,  
199 zielgenau zu agieren, da sie auf dem Prinzip der Streu-  
200 breite basieren. Diese Form des Geräts hat daher bei der  
201 Polizei keinen Platz und sollte abgeschafft werden. Die  
202 Polizei ist für ihr Handeln jederzeit rechenschaftspflich-  
203 tig. Da die Digitalisierung inzwischen auch bei der Po-  
204 lizei angekommen ist, werden Forderungen nach auto-  
205 matisierter Auswertung, mehr (biometrischer) Überwa-  
206 chung und Big Data Analysen zur Vorausbestimmung krimi-  
207 neller Handlungen (sogenanntes „Predictive Policing“)

208 lauter. Dass viele der Überwachungsmaßnahmen daten-  
 209 schutzrechtlich bedenklich sind und einen tiefen Eingriff  
 210 in Bürger\*innenrechte bedeuten, wird dabei häufig nicht  
 211 betrachtet. Auch die Problematik der vorbelasteten Da-  
 212 ten mit denen die jeweiligen Algorithmen arbeiten, gera-  
 213 de in Hinblick auf Rassismus, aber auch weiteren Formen  
 214 von Diskriminierung, werden dabei nicht ausreichend be-  
 215 achtet und problematisiert. So erklärte das Bundesverfas-  
 216 sungsgericht im Februar 2023, dass die rein automatisier-  
 217 te Auswertung polizeilicher Daten verfassungswidrig ist.  
 218 Die Einführung neuer digitaler Technologien bei der Poli-  
 219 zei muss daher stets kritisch verfolgt werden. Technolo-  
 220 gien, die zur Replikation von diskriminierendem, rassisti-  
 221 schem und klassistischem Verhalten führen, gehören ver-  
 222 boten

223 Wir fordern daher:

- 224 • Verpflichtung von Polizeikräften, Schulungen für  
 225 den Umgang mit psychischen Problemen zu bele-  
 226 gen und Sozialarbeiter\*innen bei Einsätzen hinzu-  
 227 zuziehen
- 228 • Den Aufbau von spezialisierten Mental Health Re-  
 229 sponse Teams, die auf den Umgang mit psychischen  
 230 Problemen geschult sind und bei Notrufen anstel-  
 231 le oder begleitend zu Polizeibeamt\*innen ausge-  
 232 schickt werden
- 233 • Die engmaschige politische Begleitung vor der Be-  
 234 schaffung für militärähnliche Ausrüstung
- 235 • Den Stopp von Einsatzplanungen mit militärischem  
 236 Gerät wie automatischen Schusswaffen
- 237 • Eine wissenschaftlich begleitete Testphase vor der  
 238 Einführung neuer digitaler Technologien zur Straf-  
 239 verfolgung und für die Polizeiarbeit unter stärkerer  
 240 Berücksichtigung der Auswirkungen auf persön-  
 241 liche Freiheiten und Datenschutzrecht
- 242 • Künstliche Intelligenz darf nicht zur Sammlung und  
 243 Auswertung von Daten oder dem automatischen  
 244 Treffen von Entscheidungen eingesetzt werden.“
- 245 • Den Einsatz von „Predictive Policing“ lehnen wir ab.“
- 246 • Wir fordern ein klares Bekenntnis zur verschlüssel-  
 247 ten Kommunikation. Die Einführung einer Chatkon-  
 248 trolle lehnen wir ab. Dafür wird sich die SPD Berlin  
 249 auch auf Bundesebene einsetzen.
- 250 • Neue Technologien, die zur Replikation von diskrimi-  
 251 nierenden, rassistischen und klassistischem Verhal-  
 252 ten führen, gehören verboten.

253

#### 254 **Freiräume statt Investor\*innenträume**

255 Immer häufiger finden Polizeieinsätze statt, um linke und  
 256 alternative Hausprojekte und Gesellschaftsentwürfe zu-  
 257 gunsten von Investor\*innenprojekten zu räumen. Wäh-  
 258 rend dies mit der Durchsetzung geltenden Rechts ver-  
 259 argumentiert wird, werden diese Polizeieinsätze in ihrer  
 260 Brutalität immer ausufernder. Bei Demonstrationen ge-

261 gen polizeiliche Räumungen wird schweres Gerät für die  
262 Durchsetzung von privaten Investor\*inneninteressen ein-  
263 gesetzt. Das Syndikat in Neukölln, die Zukunft am Ost-  
264 kreuz, die Meuterei oder die Wagenburg in der Cuvrystra-  
265 ße sind nur einige Beispiele. Diese Projekte tragen mas-  
266 siv zum Wertgehalt der Stadt bei und führen zu Schutz-  
267 räumen für linke und marginalisierte Gruppen. Wir soli-  
268 darisieren uns ausdrücklich mit diesen Besetzungen. Doch  
269 die geräumten Flächen werden dann nicht zur Umsetzung  
270 von Bebauungsplänen genutzt, sondern befeuern nach  
271 wie vor spekulativen Leerstand. So wird das Stadtbild für  
272 die Profitinteressen von Investor\*innen von der Subkultur  
273 befreit und verliert mehr und mehr seine Identität. Durch  
274 diese Polizeieinsätze werden Steuergelder verschwendet  
275 zugunsten von Profiten einzelner kapitalistischer Unter-  
276 nehmen. Die Ursache der Konflikte um Freiräume liegt je-  
277 doch nicht bei den Polizeieinsätzen - sie liegt viel tiefer.  
278 Sie liegt in der Frage der Eigentumsverhältnisse. Um Frei-  
279 räume zu erhalten, muss das Eigentum an Grund und Bo-  
280 den sowie an den Gebäuden auf eine nachhaltige Struktur  
281 (z.B. einen gemeinnützigen Verein) übertragen werden.  
282 Im Rahmen von Dialog- und Partizipationsstrukturen zwi-  
283 schen Investor\*innen, Bezirken, Polizei und von Räumung  
284 bedrohten Strukturen sollte eine nachhaltige Lösung ge-  
285 funden werden, die den Erhalt der Freiräume zum Ziel hat  
286 oder ein alternatives Angebot für die von der Räumung  
287 verdrängten Strukturen schafft.

288 Wir fordern daher:

- 289 • Keine polizeilichen Großeinsätze in Fällen der Beset-  
290 zung leerstehender Flächen und Räume, solange de-  
291 ren soziale Nutzung nicht gesichert ist. Keine Räu-  
292 mungen alternativer Wohn- und Gewerbeprojekte  
293 für Großinvestor\*innen. Sollte dies dennoch gesche-  
294 hen, fordern wir den Stopp polizeilicher Großeinsät-  
295 ze dafür.
- 296 • Den Auf- und Ausbau von freiwilligen Dialog-  
297 und Beteiligungsstrukturen zwischen Investor\*in-  
298 nen, Bezirken und von Räumung bedrohten Struk-  
299 turen
- 300 • Die Verpflichtung der Investor\*innen, alternative  
301 Angebote für die von der Räumung verdrängten  
302 Strukturen zu schaffen
- 303 • Um Räumungen überflüssig zu machen, soll der Se-  
304 nat, wo möglich, betroffene Gebäude und Grund-  
305 stücke aufkaufen und wo notwendig diese, mit ei-  
306 ner entsprechenden gesetzlichen Grundlage, durch  
307 Enteignung in öffentlichen Besitz bringen. In je-  
308 dem Fall können Räumungen nur unter der Maß-  
309 gabe und in besonderen Ausnahmefällen erfolgen,  
310 dass durch die Schaffung von angemessenem Frei-  
311 räumen der durch die Räumung verlorene Freiraum  
312 ausgeglichen wird.

313

**314 Verbundeinsätze**

315 Bei sogenannten Verbundeinsätzen werden bei Kontrol-  
316 len der Bezirksämter Polizeibeamt\*innen hinzugezogen.  
317 Dies ist häufig bei Kontrollen der Gesundheitsämter im  
318 Gastronomiegewerbe der Fall. Den Polizeibefugnissen  
319 sind hierbei enge Grenzen gesetzt und der Einsatz darf  
320 sich ausschließlich auf den Grund der Kontrolle erstre-  
321 cken. So dürfen beispielsweise Gäste des Betriebs wäh-  
322 rend des Verbundeinsatzes nicht kontrolliert werden und  
323 der betriebliche Ablauf nicht durch die Polizei gestört wer-  
324 den. In der Praxis zeigt sich jedoch, dass diese Verbundein-  
325 sätze häufig bei migrantisiert gelesenen Gastronomiebe-  
326 trieben stattfinden und eine unverhältnismäßig hohe An-  
327 zahl an Polizeibeamt\*innen eingesetzt werden. So werden  
328 diese Betriebe durch eine hohe Polizeipräsenz weiter stig-  
329 matisiert. Die aktuelle Praktik der Verbundeinsätze sehen  
330 wir als kritisch an. Die Polizei muss sich dringend mit Ras-  
331 sismus in den eigenen Reihen auseinandersetzen. Darin  
332 liegt das Problem, nicht pauschal in den gelegentlich not-  
333 wendigen Verbundeinsätzen. Die Polizei muss in ihren  
334 eigenen Reihen aufräumen und Konsequenzen aus rassis-  
335 tischem Verhalten und Vorfällen ziehen. Außerdem wer-  
336 den bei den ursprünglichen Kontrollen des Gesundheits-  
337 amtes andere polizeiliche Maßnahmen wie Personenkon-  
338 trollen durchgeführt. Betroffene wissen häufig nicht, dass  
339 dies nicht rechtens ist und werden auch von der Polizei  
340 nicht über ihre Rechte aufgeklärt. Die Praktik der Verbun-  
341 deinsätze sehen wir daher kritisch.

**342 Wir fordern daher:**

- 343 • Die kritische Auseinandersetzung mit Verbundein-  
344 sätzen im Hinblick auf migrantisierte Betriebe und  
345 den Stopp der rassistischen Praxis, besonders mi-  
346 grantisiert gelesene Betriebe unverhältnismäßig oft  
347 mit Verbundeinsätzen zu kontrollieren.
- 348 • Eine im Polizeiwesen verankerte rassismuskritische  
349 Arbeitsweise. Dazu bedarf es einer gezielten rassis-  
350 muskritischen Ausbildung sowie Fortbildung für Po-  
351 lizist\*innen. Rassistisches Verhalten darf bei der Po-  
352 lizei nicht geduldet werden, nach etwaigen Vorfäl-  
353 len müssen klare Konsequenzen gezogen werden.

354

**355 Entspannter Umgang mit Protest: Der Öffentliche Raum  
356 als Ort von Debatten**

357 In den vergangenen Jahren haben insbesondere Proteste  
358 der Klimagerechtigkeitsbewegung immer wieder öffent-  
359 liches Aufsehen erregt. Oft haben sie zu Pressefotos von  
360 polizeilicher Gewaltanwendung geführt. Die Proteste wa-  
361 ren dabei zumeist friedlich; einzig ein formeller Verstoß  
362 gegen das Anzeigerfordernis kann den Protestierenden  
363 zur Last gelegt werden. Gewaltanwendung und die damit  
364 verbundene Beschränkung der Versammlungs- und Mei-  
365 nungsfreiheit scheint in diesen Fällen unnötig.  
366 Das gewaltsame Aufeinandertreffen von Polizei und Zivil-

367 gesellschaft lässt sich durch einen einfachen Gesinnungs-  
368 wandel hin zu einem entspannten Umgang mit demokra-  
369 tischem Protest lösen. Wenn man die Straßen nicht primär  
370 als Ort der Fortbewegung, sondern als öffentliches Forum  
371 begreift, in dem Debatten ausgetragen werden, besteht  
372 überhaupt kein Bedürfnis mehr zu intervenieren. Protes-  
373 tierende nutzen dann die Straßen genau zu dem Zweck,  
374 zu dem sie vorgesehen sind. Ihren Ansichten können Pas-  
375 sant\*innen wiederum ihre Ansichten entgegenhalten.  
376 Dieser einfache Gesinnungswandel – der sich durch ei-  
377 ne einfache Anpassung der Weisungslage an die Polizei  
378 und eine dahingehend entsprechendere Ausbildung und  
379 Schulungen umsetzen lässt – schont staatliche Ressour-  
380 cen und fördert zugleich die öffentliche Debattenkultur.  
381 Das bisherige Vorgehen ist hingegen zumeist destruktiv  
382 und für alle Beteiligten belastend.

383 Wir fordern daher:

- 384 • Polizeigewahrsam abzuschaffen
- 385 • Anpassung des Strafrechts unter Berücksichtigung
- 386 gewaltfreien Protests unter dem stärkeren Schutz
- 387 der Versammlungsfreiheit
- 388 • Eine Gleichsetzung von zivilem Ungehorsam und
- 389 Terrorismus lehnen wir ab!

390

#### 391 **Sauberkeit und Sicherheit**

392 Ein subjektives Sicherheitsempfinden hängt häufig auch  
393 von Umwelteinflüssen ab. Hierbei stehen beispielswei-  
394 se städtische Sauberkeit und Beleuchtungskonzepte im  
395 Sinne der feministischen Stadtplanung im Mittelpunkt.  
396 Für ein sozialdemokratisches Verständnis innerer Sicher-  
397 heit müssen diese Aspekte ebenfalls betrachtet werden.  
398 Bevor Orte und Plätze durch eine erhöhte Polizeipräsenz  
399 “abgesichert” werden, soll daher eine eingehende Analy-  
400 se des Sicherheitsempfindens an diesen Orten durchge-  
401 führt werden, um andere Möglichkeiten zu finden, das Si-  
402 cherheitsempfinden aller Bürger\*innen zu steigern. Eben-  
403 so muss auf die Reaktionsfähigkeit der Polizei geschaut  
404 werden. Eine der zentralen Funktionen der Polizei ist es,  
405 auf Notlagen der Bevölkerung zu reagieren, was häufig zu  
406 spät geschieht. Allein das Annehmen von Anrufen, die als  
407 Notruf eingehen, erfolgt häufig nach einer Warteschlei-  
408 fe, die Callcenter der Polizei ist in der Regel unterbesetzt.  
409 Das gilt es zu ändern. Die Polizei muss jederzeit erreich-  
410 bar sein und Polizist\*innen, die Anrufe annehmen müssen  
411 in jeder Situation angemessen reagieren. Dazu gehört ein  
412 geschulter Umgang mit Personen, die sich in psychischen  
413 Notlagen befinden.

414 Wir fordern daher:

- 415 • Die Erhöhung von Polizeipräsenz nur als letztes Mit-  
416 tel und unter Rückgriff auf sinnvollere Konzepte als  
417 klassische Einsätze – wie Community Policing – zu-  
418 zulassen
- 419 • Die priorisierte Prüfung anderer städtischer Maß-



420 nahmen wie beispielsweise Beleuchtungskonzepte  
421 im Sinne der feministischen Stadtplanung und Er-  
422 höhung der städtischen Sauberkeit

- 423 • Die besondere Berücksichtigung von FINTAs und ih-  
424 rem Sicherheitsgefühl in der Raumplanung
- 425 • Die Erhöhung von Dienstkräften in den Callcentern  
426 der Polizei, sowie verpflichtende Schulungen in Be-  
427 zug auf den Umgang mit psychischen Notlagen für  
428 Anrufe annehmende Personen. Das kann durch die  
429 Aufstockung der finanziellen Mittel der Polizei mit  
430 Zweckbindung an Ausbau und Aufstockung der Call-  
431 center erfolgen

432

### 433 **Katastrophenschutz und Feuerwehr**

434 Der Katastrophenschutz und die Feuerwehr fallen ge-  
435 nauso in das Aufgabengebiet der inneren Sicherheit wie  
436 die Polizeibehörden. Diese wurden jedoch bei finanziel-  
437 ler, materieller und personeller Ausstattung in den letz-  
438 ten Jahren stark vernachlässigt. Bei immer höher wer-  
439 endenden Einsatzzahlen der Rettungsdienste und Löschzüge  
440 sowie einer absehbar stärkeren Belastung des Katastro-  
441 phenschutzes bei der Bekämpfung der Folgen der Klima-  
442 katastrophe müssen diese Bereiche wieder stärker in den  
443 Fokus gerückt werden.

#### 444 Wir fordern daher:

- 445 • Eine Investitions-, Bau- und Planungsoffensive für  
446 Berufsfeuerwehr, Freiwillige Feuerwehr, den Ret-  
447 tungsdienst und den Katastrophenschutz
- 448 • eine bessere Bezahlung, insbesondere im Schicht-  
449 dienst, für Berufsfeuerwehr, den Rettungsdienst  
450 und den Katastrophenschutz
- 451 • Höhere Vergütungspauschalen bei der Freiwilligen  
452 Feuerwehr
- 453 • Eine höhere Vergütung in der Ausbildung bei der Be-  
454 rufsfeuerwehr
- 455 • die Einführung einer 8-Stunden-Schicht statt einer  
456 12-Stunden-Schicht. Dies darf aber nicht zu einer  
457 höheren Arbeitsbelastung durch mehr Arbeitstage  
458 aufgrund von Personalmangel führen, muss mit ei-  
459 ner generellen Reduzierung der wöchentlichen Ar-  
460 beitszeit einhergehen.
- 461 • Schulungsmaßnahmen für Demokratieförderung in  
462 Berufsfeuerwehr, Freiwillige Feuerwehr, den Ret-  
463 tungsdienst und Katastrophenschutz
- 464 • die Feuerwehr, sowie Katastrophenschutz, muss je-  
465 derzeit erreichbar sein, sofern dies nicht sicherge-  
466 stellt ist müssen auch diese Callcenter finanziell und  
467 personell aufgestockt werden